

Strategie

EnBW befürchtet Verdrängung vom Markt

Zwischen Atomkonsens und Emissionshandel - die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) sieht sich in der Zwickmühle und befürchtet, langfristig vom Markt verdrängt zu werden. Branchenexperten stimmen der Argumentation des drittgrößten deutschen Versorgers im Grundsatz zu. Ob sich der Wettbewerbsnachteil aber tatsächlich auf die von der EnBW errechneten rund eine Mrd EUR beläuft, wird indes bezweifelt.

Die deutschen Emissionshandels-gesetze in Verbindung mit dem im Jahr 2000 unterzeichneten Konsens zum Kernenergieausstieg bringen Betreiber von Kernkraftwerken in eine Zwickmühle. Sie müssen ihre emissionsfreien Kernkraftwerke sukzessive aufgeben und erhalten beim Neubau einer Anlage eine für den jeweiligen Kraftwerkstyp definierte Menge an CO₂-Zertifikaten.

Neben dem Ausstieg aus der Kernkraft will der Gesetzgeber aber auch eine CO₂-Reduktion insgesamt erreichen. Insbesondere die stark emittierenden Braunkohlekraftwerke sollen durch modernere Anlagen ersetzt werden. Um solche Neuinvestitio-

nen attraktiver zu machen, gibt es die Übertragungsregel*: Sie erlaubt den Versorgern die Zertifikate einer stark emittierenden Anlage auf das neue, emissionsärmere Kraftwerk zu übertragen. Vorteil: Der Versorger hat Zertifikate übrig und kann diese verkaufen und für die Refinanzierung seiner Investitionen nutzen. Was für den Gesetzgeber Sinn macht, sehen die Versorger mit einem hohen Kernkraftanteil jedoch als Wettbewerbsverzerrung. Weil sie ohnehin emissionsfrei produzieren, gibt es keine Übertragung, wodurch die Produktion teurer wird.

Für die EnBW mit einem Kernenergie-Anteil von rund 56%t ergibt sich

den eigenen Berechnungen zufolge eine Unterversorgung mit den notwendigen Ersatzzertifikaten von jährlich 1,7 Mio Zertifikaten in der ersten Handelsperiode* von 2005-2007. Ab 2008 liege die Unterdeckung sogar bei 2,2 Mio Zertifikaten. Die Frage sei, ob der Wettbewerb auf die schwächere Marktposition der EnBW reagiere und diesen für sich ausnutze, so Dirk Güsewell, Leiter für Geschäfts- und Organisationsentwicklung, „Wenn der Wettbewerb, begünstigt durch für ihn günstigere Zuteilungsmechanismen, auf dem Markt zu Kampfpreisen anbieten würde, könnten wir sukzessive aus dem Markt gedrängt werden.“

Zertifikatehandel verändert die Kostenstrukturen der Anbieter

Branchenexperten halten die Argumentation der EnBW im Grundsatz für nachvollziehbar. „Der Zertifikatehandel wird dazu führen, dass sich die Kostenstrukturen bei den verschiedenen Anbietern verändern. Die Betreiber thermischer Kraftwerke werden bei ihren Marktpreisen die mit den Zertifikaten verbundenen Opportunitätskosten mit berücksichtigen,“ so Christoph Riechmann, Leiter der Kölner Niederlassung des Beratungsunternehmens Frontier Economics. Eine eindeutige Aussage darüber, ob die Betreiber von Kernkraftwerken grundsätzlich im Nachteil seien, will er zum aktuellen Zeitpunkt aber noch nicht treffen.

Ein im Auftrag der EnBW erstelltes Gutachten, bei dem vier Versorger mit unterschiedlichem Energiemix verglichen werden, beziffert die Mehrbelastung des baden-württembergischen Energieversorgers im Vergleich zum Wettbewerb für den Zeitraum bis 2020 auf durchschnittlich 463 Mio EUR, gegenüber dem „besten“ Unternehmen bis zu 951 Mio EUR. Als Prämisse für diese Summen wurden dabei Zertifikatspreise von 10 EUR/t. in der ersten und zweiten sowie 15 bzw. 20 EUR/t. in der dritten respektive vierten Handelsperiode zugrunde gelegt. Der wirtschaftliche Vorteil für die Wettbewerber ergibt sich



Foto: EnBW

Die EnBW sieht sich wegen ihres hohen Kernenergieanteils vom deutschen Emissionshandelsrecht benachteiligt (Foto: EnBW-Kernkraftwerk Obrigheim)

Strategie

gemäß Gutachten aus deren unterschiedlichem Energiemix. So basieren bei RWE knapp 60% der Eigenerzeugung von Strom auf Kohle, Vattenfall verfügt fast ausschließlich über Kohlekraftwerke (davon ein hoher Anteil Braunkohle), lediglich E.ON hat mit knapp 50% Kernenergie, 34% Kohle und rund 10% Wasserkraft einen annähernd vergleichbaren Energiemix wie EnBW. Güsewell will die Berechnungsbasis für die genannte knappe Milliarde Euro nicht genauer aufschlüsseln, illustriert die Situation jedoch mit einem Beispiel: „Wenn Sie ein Braunkohlekraftwerk stilllegen und ein modernes neues bauen, haben Sie einen Überhang von Zertifikaten im Wert von 40 Mio EUR pro Jahr. Über vier Jahre hinweg summiert sich das schon auf 160 Mio EUR.“

Emissionshandel führt indirekt auch zu höheren Erträgen

Ob der Nachteil tatsächlich eine knappe Mrd EUR beträgt, lässt sich nach Ansicht von Branchenexperten noch nicht abschätzen. Klar ist aber, dass in den Berechnungen der allgemein erwartete steigende Strompreis mit Beginn des Emissionshandels nicht berücksichtigt wurde. Die Strom-Forwards seien bereits gestiegen und die Zertifikatspreise teilweise darin eingeflossen, so Riechmann. Die daraus resultierenden steigenden Erträge müssten mit den jeweils anfallenden Kosten für den Ersatz der wegfallenden Kapazitäten gegengerechnet werden. Die kritische Frage sei daher, ob sich die Strompreise parallel zum Zertifikatspreis entwickeln würden.

Auch Susanne Hasler, Analystin bei der HypoVereinsbank, geht von weiter steigenden Strompreisen aus: „Die Zertifikate werden quasi als zusätzliche Produktionsfaktoren den Strom verteuern. Aber auch das Emissionshandelssystem kostet Geld.“ Und neue Anlagen würden schließlich nur dann in Betrieb genommen, wenn neben dem normalen Aufwand noch die zusätzlichen Kosten für die erforderlichen Zertifikate gedeckt seien. Neueinsteiger in den deutschen Markt



Die Übertragungsregel gewährt Betreibern von Braunkohlekraftwerken bei Neubau Vergünstigungen. (Foto: Vattenfall-Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe)

sollen nach der „Drittelregelung“ (ein Drittel Gas, ein Drittel Steinkohle, ein Drittel Braunkohle) mit einem Benchmark von maximal 750 g CO₂/kWh ausgestattet werden. Für ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk liegt der Wert bei ca 365 g CO₂/kWh.

Die EnBW rechnet je nach Basisperiode mit einer Allokation von Emissionszertifikaten im Volumen von 15 bis 18 Mio t CO₂. Zur Festlegung der Berechnungsmethode für die Zuteilung müssten jedoch noch einige Punkte geklärt werden, Güsewell. Die konkreten Zusatzkosten für die erste Handelsperiode seien, so Haberzettl, vorerst schwierig zu beziffern. Allein für die Implementierungs- und laufende Jahreskosten, darunter die Gebühren für die Deutsche Emissionshandelsstelle DEHST, gehe man von einem ein- bis niedrig zweistelligen Millionenbetrag aus. Problematisch für die EnBW sei die im Vergleich zum Wettbewerb mangelnde Investitionssicherheit. „Als Ersatz für das Kernkraftwerk Obrigheim, das bereits 2005 vom Netz gehen soll, sehen wir kurzfristig - allein aus zeitlichen Gründen - keinen Kraftwerks-

neubau“, versichert Güsewell. Die KKW Neckarwestheim I und Philippsburg I sollen entsprechend ihren Reststrommengen 2009 bzw. 2012 vom Netz gehen. „Wir werden vorhandene Kapazitäten stärker nutzen und bei Bedarf zusätzlichen Strom auf dem Markt kaufen.“

Bezug von EDF-Atomstrom hält EnBW für technisch problematisch

Die Option, Atomstrom von der Electricité de France (EDF) zu beziehen, bezeichnet Güsewell allein schon wegen Netzengpässen als technisch problematisch. Hasler stimmt hier bedingt zu: „Es müssten definitiv neue Leitungen gebaut werden. Unmöglich ist das aber nicht, allerdings sind die Leitungen sehr teuer und solche Investitionen werden nur sehr zögerlich getätigt, auch deshalb weil die zukünftige Vergütung durch Fremdnutzer vom Regulierer beeinflusst wird und derzeit kaum kalkulierbar ist.“ Experte Riechmann hält es für sehr unwahrscheinlich, dass EDF zusätzlichen Strom nach Deutschland verkaufen werde: „In Italien liegt

Strategie

der Strompreis bei 50 EUR/MWh und darüber, in Deutschland dagegen nur bei 28-35 EUR/MWh.“ Rolf Schäffer, Senior Credit Analyst bei der LBBW, meint hingegen: „Der Austausch innerhalb Europas wird immer intensiver, und das ist auch so gewollt. Vor einiger Zeit hat die EnBW wegen eines Stillstands im KKW Philippsburg schon einmal Unterstützungslieferungen von EDF erhalten. Ich könnte mir also grundsätzlich durchaus vorstellen, dass das in die Richtung geht.“

Riechmann stellt grundsätzlich fest: „Die betroffenen Energieversorger bekommen für ihre Kernkraftwerke keine Zertifikate, profitieren aber doch zumindest bis zu deren Abschaltung von höheren Strompreisen aufgrund des Einpreises der Zertifikatewerte.“ Man müsse auch bei einer Beurteilung der Wettbewerbssituation der EnBW die Portfolio-Effekte über den gesamten Zeitraum betrachten. Schäffer gibt zu bedenken: „Auch für Betreiber konventioneller Kraftwerke sind Umstellungen teuer. Die EnBW verfügt über moderne Atomkraftwerke und dürfte daher in den nächsten Jahren wenig Neuinvestitionen benötigen.“ Unter Umständen sind die Kernkraftbetreiber nicht ganz so stark betroffen“, meint Riechmann. Sicherlich jedoch werde sich die Cashflow-Entwicklung von eher kernkraftdominierten Energieunternehmen und Kohlekraftwerksbetreibern unterscheiden. „Die finanziellen Auswirkungen für Kernkraftbetreiber werden zu einem späteren Zeitpunkt deutlich werden.“

Das baden-württembergische Energieunternehmen hatte vor einigen Wochen bei der EU-Kommission die Ablehnung der deutschen Emissionshandelsgesetze und die Einsetzung eines förmlichen Beihilfeverfahrens gegen Deutschland beantragt, war mit ihrer Beschwerde aber gescheitert. Manfred Haberzettl, Konzernbevollmächtigter Wirtschaft und Politik bei EnBW: „Wir warten jetzt die formelle Stellungnahme der Kommission ab. Je nach Ergebnis gehen wir weitere Schritte auf nationaler und internationaler Ebene an.“

Claudia Wittwer



www.tuev-sued.de



**Kompetenz.
Sicherheit.
Qualität.**

Carbon Management Service Lösungen im CO2-Emissionshandel

Der TÜV SÜD gehört zu den führenden Dienstleistern im Bereich der Verifizierung von Emissionsinventaren und der Validierung, Verifizierung und Zertifizierung von Klimaschutzprojekten.

Als erste und bisher einzige akkreditierte, deutsche DOE (Designated Operational Entity) besitzen wir langjährige Projekterfahrung in über 30 Ländern der Welt.

TÜV SÜD – kompetent und unabhängig.

Nutzen Sie das aktuelle Know-how unserer Experten und sichern Sie sich die Zuteilung von Zertifikaten und Emissionsgutschriften.

- ▶ Verifizierung von Emissionsberichten und Allokationsanträgen
- ▶ Validierung, Verifizierung, Zertifizierung von JI-/CDM-Projekten
- ▶ Zertifizierung von Strom aus erneuerbaren Energien
- ▶ Durchführung von In-house-Seminaren und Schulungen

Rufen Sie an – Wir beraten Sie gerne:

Werner Betzenbichler · Tel. 089 5791-2170 · Fax 089 5791-2756
werner.betzenbichler@tuev-sued.de · www.netinform.de/ke

TÜV Industrie Service GmbH · TÜV SÜD Gruppe
Westendstraße 199 · 80686 München

